

Bierstadter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordensladt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 58.

Dienstag den 18. Mai 1920.

20. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Am 1. Mai 1920, hat die Hohe Interalliierte Kommission mitgeteilt, daß: „das deutsche Gesetz vom 24. Dez. (Umsatzsteuer) von der Hohen Interalliierten Kommission in Ihrer Sitzung vom 24. Februar 1920 (Nr. 172) genehmigt worden war, daß aber dieses Gesetz der Anwendung der Verfügung vom 9. Jan. (Nr. 264 2/5) nicht Schach bieten kann.“

Demgemäß befiehlt der kommandierende General der französischen Rheinarmee folgendes:

Die deutschen Behörden werden alle nötigen Maßnahmen nehmen, dazu der von der Verfügung (No. 264 2/5 9. Januar) vorausgesehen Schein, und durch den Alliierten Käufer, der die Luxustaxe nicht bezahlt, dem Kaufmann ausgestellt, diesen erlauben können den Betrag dieser Taxe zurückbezahlen werden nachdem er sie dem Fabrikant bezahlen hätte. Wiesbaden, den 17. Mai 1920.

Le Commandant de Juvigny

Délégué de la H. C. J. T. R. dans le Cercle de Wiesbaden — Campagne.

signé: de JUVIGNY.

Chronik des Tages.

Bad jedermann wissen muß.

— Die Konferenz von Spa soll auf den 21. Juni verlagert werden.

— Die Räumung Frankfurts und des Maingaues ist gestern von früh 4 Uhr ab vollzogen worden.

— Der päpstliche Stuhl beabsichtigt in Berlin eine Rundschau zu errichten und hat als Rundschau Monsignore Baccelli ausgesendet.

— In Esslingen (Württemberg) ist in einer Versammlung, in der Erzberger sprach, von einem unbekannten Täter eine Handgranate geworfen worden.

— Bewaffnete Arbeiter haben sich in den Besitz der Stadt Sangerhausen gesetzt.

Brief aus der Reichshauptstadt.

— Berlin, 15. Mai.

Seit wenigen Tagen ist die Polizeistunde für Berlin bis 11½ Uhr verlängert. Monatlang haben die Gastwirte und Kaffeehausbesitzer dafür gekämpft, bis nun endlich der neue Polizeipräsident sich erweichen ließ und die Wünsche des Gastwirtes im Rahmen der Bundesratsverordnung erfüllte, wonach die Polizeistunde im ganzen Reich nicht über 11½ Uhr ausgedehnt werden darf. Der Polizeipräsident, so heißt es, ist der Meinung, daß eine Heraushebung der Polizeistunde schon aus dem Grunde von Vorteil wäre, weil dadurch so manchen Nachtlöcher, die nur den „Eingeweihten“ bekannt sind und von denen gerade in letzter Zeit eine ganze Anzahl solcher „Dielen“, Bars u. a. von der Polizei ausgehoben wurden, der Baran gemacht werde. Sollte die Polizeibehörde wirklich so harmlos und naiv sein, daß sie durch eine derart geäußerte Verlängerung der Polizeistunde die geheimen Nachtlöcher auszuheben können glaubt? Die Schleierkreise werden nach wie vor ihre Gaststätten aufsuchen, die hinter verschleierten Fenstern die ganze Nacht offen halten, trotz aller Streifen mit grüner und blauer Polizei. Selbst in Kellereien haben die „findigen“ Besitzer ihre fliegenden Dielen aufgemacht, in die man nur durch Angabe eines Kenn- und Stichwortes gelangen kann. Die „Wirtin“ lassen sich ihr Risiko aber auch elementarisch bezahlen. Mancher „Schleier“ hat dort ein durch ein Telefongespräch „fauer verdientes“ Geld gelassen. Und wenn die Polizei erst die nächtlichen Gaststätten ausfindig gemacht hat, dann kann er schließlich auch noch eine Reise im Polizeilaster nach dem Polizeipräsidium antreten und dort in dem finsternen, achten Amtsgebäude bis zum Morgen warten, bis die Personalien geprüft sind.

Die Auswüchse des Berliner Nachtlebens ließen sich am besten durch eine großzügige Verlängerung der Polizeistunde beseitigen. Man kann eine Millionenstadt nun einmal nicht wie ein Dorf ins Bett schiden. Das Großstadtleben ist nicht durch Bundesratsverordnungen auf die Minute zu hemmen. Die Bedenken des Reichsstatistikkommissars sind jetzt, wo wir dem Sommer entgegen, unbegründet. In der Gaststätte würde nicht viel mehr Brennstoff verbraucht als bei verkürzter Polizeistunde. Und schließlich ist Berlin doch auch eine Fremdenstadt. Wenn der Provinzler nach Berlin reist, so hat er geschäftlich zu tun und will die kurze Zeit seines Aufenthalts — denn bei den heutigen horrenden Hotelzimmerpreisen wird kein vernünftiger Mensch länger in Berlin bleiben als unbedingt notwendig — auch richtig ausnützen. Ueber anderthalb Millionen Fremde sind im Jahr 1919/20 nach Berlin gekommen. Diese Zahl dürfte ja in der nächsten Zeit etwas abnehmen. Denn der höhere Markkurs, der an

sich so erfreulich ist, wird — das haben auch schon die letzten Wochen gezeigt — einen merklichen Rückgang des Fremdenverkehrs zur Folge haben. Die Ausländer, die nicht mehr den niedrigen Valutastand zunutze machen können, bleiben fort. Sie haben auch keinen Anlaß mehr herzukommen, denn der Ausverkauf ist ja schon fertig. Der Rückgang Berlins als Fremdenstadt ist aber nicht zuletzt auf die höchst mangelhafte Versorgung der Fremden, die Hotelnot und Restaurationsnot, Polizeistunde und Lichtsperrre zurückzuführen. Wenn sollte sich an Leipzig ein Beispiel nehmen, dort suchen alle Behörden & den Fremden angenehm zu machen.

In der Reichshauptstadt herrscht natürlich wie überall infolge der äußerst geringen Bautätigkeit eine ganz entsetzliche Wohnungsnot. Im Jahre 1919 sind 12.000 Mietwohnungen und 4000 Dauerwohnungen errichtet worden, für 1920 sind neben 4000 Dauerwohnungen etwa 8000 Mietwohnungen in Dachbauten, Lauben, Baracken vorgesehen. Doch damit ist die geradezu katastrophal sich gestaltende Wohnungsnot Großberlins bei weitem nicht behoben. Betrug doch in den letzten sieben Monaten allein die Zahl der auf Dringlichkeitsschein nach Groß-Berlin eingewiesenen flüchtigen deutschen Familien aus den polnisch gewordenen Landesteilen mehr als 16.000, darunter 8800 Familien von Reichs- und Staatsbeamten. Die Unterbringung dieser Flüchtlinge wäre viel leichter durchzuführen, wenn Berlin nach dem Kriege nicht eine ungeheure Zuwanderung von Ausländern, besonders aus dem Osten, erfahren hätte. Bis jetzt hat sich die Reichsregierung immer noch nicht zu energischen Maßnahmen gegen die lästigen Ausländer entschließen können. Es handelt sich hier vielfach um Leute, die sich unangemeldet in Berlin aufhalten und hier ihr unfauberes Gewerbe, Schleifhandeln, Gold- und Silbervertrieb u. a. treiben.

Wie notwendig die Ausweisung dieser Tausenden von Ausländern ist, ergibt sich aus der Feststellung, daß in Berlin allein — ohne die Vororte — sich 40.000 Familien befinden, die dringend auf die Zuweisung einer Wohnung warten, ohne daß ihnen das Wohnungsamt helfen könnte. Im Norden und Osten sind alle Wohnungen überfüllt. In diesen Stadtteilen wohnen in manchen Zimmern 7 bis 8 Personen, dicht gedrängt. Das Wohnungsamt hat für dieses Jahr ein großzügiges Bauprogramm ausgearbeitet, das aber bisher nicht zur Ausführung gelangen konnte, da die Regierung die notwendigen Zuschüsse bisher noch nicht bewilligt hat. Bei den heutigen Baukosten ist aber keine Baugesellschaft in der Lage, ohne staatlichen Zuschuß zu bauen. Hierdurch ist die Gefahr der völligen Einstellung der Wohnungsbautätigkeit in bedrohliche Nähe gerückt.

Vor der Räumung Frankfurts.

Deutsch-französische Besprechung in Kassel.

Die Räumung des Maingaues steht unmittelbar bevor. Nachdem die deutsche Regierung in Paris hatte mitteilen lassen, daß nicht nur die Kopfzahl, sondern auch die Zahl der Formationen auf das im August-Abkommen für die neutrale Zone vorgeschriebene Maß zurückgeführt seien, hat General Nollet, der Chef der französischen Militärmission in Berlin, einen Offizier zur Nachprüfung der deutschen Mitteilung ins Ruhrgebiet entsandt. Nach Pariser Nachrichten ist dessen Bericht bereits in Paris beim Obersten Rat eingetroffen und soll dort befriedigend, wenn auch nicht ganz vollständig befunden worden sein.

Wie aus folgender französischer halbamtlicher Meldung aus Paris hervorgeht, beabsichtigt die französische Regierung die Truppen in kürzester Frist aus dem Maingau zurückzunehmen:

— Paris, 15. Mai. General Nollet ließ bekannt geben, daß nach den begonnenen Kontrollarbeiten voranzusehen sei, daß die Truppenbestände in der neutralen Zone als mit den am 8. August festgelegten Zahlen in Einklang stehend anerkannt werden. Infolgedessen ersuchte Marschall Foch den General Begoutte, einen Offizier nach Kassel zu kommandieren, um mit der deutschen Regierung über die eingeleitete Räumung der seit dem 10. April besetzten Zone seitens der französischen Truppen zu unterhandeln. Die Räumung wird durchgeführt werden, sobald die Ergebnisse der Kontrollarbeiten offiziell bekannt sind.

Es ist wohl anzunehmen, daß die Verhandlungen in Kassel rasch vonstatten gehen werden. Nach fünf-wöchiger Besetzung werden also die Städte Frankfurt, Darmstadt, Hanau und das übrige gegen Recht und Gesetz besetzte Gebiet des Maingaues endlich von der Fremdherrschaft befreit werden.

Der Reichswehrminister im Ruhrrevier.

Reichswehrminister Dr. Gessler hat sich Sonnabend abend ins Ruhrgebiet begeben. Seine Reise dahin gilt neben privaten Anwesenheiten dem Zweck, sich in

Düsseldorf und Bielefeld durch persönlichen Augenschein von dem Stande der militärischen Verhältnisse im Ruhrrevier zu überzeugen. Die Reise war schon vor einigen Tagen beschlossen, ist also nicht durch die in der Pariser Depesche enthaltene Mitteilung von der bevorstehenden Verhandlung in Kassel angeregt worden. Der Minister wird an diesen Verhandlungen auch nicht persönlich teilnehmen.

Ausschiebung der Spa-Konferenz?

Mit Rücksicht auf die deutschen Reichstagswahlen.

Reuter erfährt: Es ist ziemlich sicher, daß Lloyd George und Millerand bei den Beratungen in Sythe sich dahin einigen werden, daß die Konferenz in Spa aufgeschoben wird, da es nicht zweckmäßig wäre, wenn die Konferenz mitten in die deutschen Reichstagswahlen fiel und da es für alle Teile vorteilhaft wäre, wenn die deutschen Vertreter auf der Konferenz das Vertrauen des neuen Parlaments genießen.

In diesem Falle könnte die Spa-Konferenz doch frühestens Ende Juni zusammentreten. Die Wahlen finden am 6. Juni statt; verfassungsgemäß muß der neue Reichstag spätestens am 30. Tag nach der Wahl seine erste Sitzung halten. Wenn auch die Einberufung des Parlamentes wegen der Ernte nicht so weit hinausgeschoben werden dürfte, so werden immerhin zehn bis vierzehn Tage vergehen. Dann wird sich die Regierung dem Reichstag vorstellen und ihm ihr Programm für Spa unterbreiten; erst dann — immer vorausgesetzt, daß sie bei den Wahlen eine Mehrheit findet und daß es zu keiner Kabinettskrise kommt — wird sie die Vertreter für die Konferenz in Spa bestimmen können. Vor dem 25. Juni dürfte daher an eine Eröffnung der Konferenz in Spa kaum zu denken sein. Während dieser wochenlangen Vertagung können sich jedoch immer noch allfällige Zwischenfälle ereignen — man denke sich nur die italienischen Angelegenheiten — die eine weitere Aufschiebung der Besprechungen bedingen.

Mittelsache und Spa-Konferenz.

Neben der Rücksicht auf die deutschen Reichstagswahlen dürfte vor allem die Mittelsache die Italiener zur Aufschiebung der Spa-Konferenz veranlassen. Auch in dem Falle, daß Miti die Neubildung des italienischen Kabinetts übernehmen soll — was übrigens sehr fraglich ist — wird er wahrscheinlich nicht alsbald abreisen können. Erst recht aber würde ein neuer Ministerpräsident eine geraume Frist verlangen, bevor er an den Verhandlungen nach Spa gehen könnte.



Francesco Nitti

Politische Rundschau.

— Berlin, den 15. Mai 1920.

— Der Deutsche Lehrerverein beschloß in seiner Vertreterversammlung zu Halle, nach gewerkschaftlichen Grundsätzen zu arbeiten. Die Bildung einer Gewerkschaft wurde abgelehnt.

— Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, verlautet, daß die „Kölnische Volkszeitung“, das rheinische Zentrumorgan, in den Besitz des Tschiffen-Kanzlers übergegangen sei.

— Handgranatenausschlag auf Erzberger. Das Revolverattentat des Bahnensjunkers v. Girsched auf den damaligen Reichsfinanzminister Erzberger vor dem Berliner Kriminalgericht im Januar d. J. ist nach in frischer Erinnerung. Jetzt ist abermals ein Attentat

auf ihn verurteilt worden. Freitagabend veranstaltete die Zentrumsparlei in Esslingen (Württemberg) eine Versammlung, in der Erzberger sprach. Wegen Mitternacht wurde der Straße aus durch ein Fenster eine Handgranate geschleudert, die im Kleiderablageaum platzte. Die Splitter sprangen zum Teil bis auf das Podium, verletzten aber niemanden. Der dichtgefüllte Saal war sofort in Rauch gehüllt, alles stob auseinander. Von dem Täter hat man keine Spur. Die Versammlung war schon vorher durch leidenschaftliche Opposition sehr gestört worden. — Erzberger war am Vormittag auf dem Parteitag des Württembergischen Zentrums in Stuttgart mit 375 gegen 25 Stimmen wieder als Reichstagskandidat aufgestellt worden. In einer längeren Rede hatte er sich gegen die politischen und persönlichen Anklagen, die gegen ihn gerichtet werden, verteidigt.

Die Gefahr in Oberschlesien. Je ungünstiger sich die Verhältnisse in Oberschlesien für Polen gestalten, umso mehr scheint in Warschau der Wille zu erstarken, Oberschlesien mit Gewalt an sich zu reißen, wenn es auf dem Wege der Abstimmung, deren günstiger Ausgang für Polen immer fraglicher wird, nicht gelingen sollte. Aus diesem Grunde ist in den letzten Monaten die polnische militärische Geheimorganisation in Oberschlesien eifrig gefördert worden und an der oberschlesischen Grenze sind auffallend viel reguläre polnische Truppen verteilt. Auch die Entente-Kommission in Oppeln erkennt die Oberschlesien bedrohende Gefahr und kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß durch das terroristische Vorgehen der Polen unter Führung Warschaws die Oberschlesien bestehenden Bestimmungen des Friedensvertrages ernstlich gefährdet sind. Es liegt nicht im deutschen Interesse, die Stellung der Entente, die für die Ausführung des Friedensvertrages verantwortlich ist, noch weiter zu erschüttern. Ein Gebot politischer Klugheit ist es darum auch, daß der deutsch-gesinnte Teil der oberschlesischen Bevölkerung jetzt Ruhe hält und sich durch die polnischen Provokationen nicht zu Gegenaktionen hinreißen läßt, die die Lage der Entente-Kommission in Oppeln noch unhaltbarer machen müßten, als sie jetzt schon ist. Unser Bestreben muß darauf gerichtet bleiben, die Volksabstimmung in Oberschlesien sicherzustellen.

Gemeinden und Einkommensteuerbeschlüsse. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung zur Überleitung der Gesetzgebung im Bereiche der Einkommensteuer, die mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft getreten ist und folgendes bestimmt: Gemeinden (Gemeindeverbände) können Einkommensteuern im Rahmen des Landesrechts noch bis zum 30. Juni 1920 beschließen, soweit diese Steuern zur Deckung von Umlagen erforderlich sind, die von weiteren Kommunalverbänden zur Befriedigung von Bedürfnissen des Rechnungsjahres 1919 vor dem 1. April beschlossen worden sind.

Ein päpstliche Nuntiat in Berlin. Dem deutschen Botschafter beim Vatikan ist eine Note des Kardinalstaatssekretärs übergeben worden, in der es u. a. heißt: „In dem Bunsche, den würdigen Akt zu erwirken, mit dem die Regierung Deutschlands eine Botschaft an Stelle der einstmaligen preussischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl eingesetzt hat, und in der Absicht, gleichzeitig der Regierung und dem von ihr verwalteten Reich ein Zeichen päpstlicher Hochachtung zu geben, hat der Heilige Vater beschlossen, eine eigene Vertretung in Berlin mit dem Titel und dem Rang einer apostolischen Nuntiat zu errichten.“ — Als erster apostolischer Nuntius in Berlin ist, wie es in der Note heißt, der bisherige Nuntius in München, Monsignore Pacelli, ausersehen, für den der Kardinalstaatssekretär das Abkommen der deutschen Regierung erbittet.

Aus der Wahlbewegung. Die Kandidatur des Grafen Posadowsky, des Führers der Deutschnationalen in der Nationalversammlung, ist nicht für den Wahlkreis Halle-Merseburg beabsichtigt, sein Name soll vielmehr auf die Reichsliste gesetzt werden. — Die bayerische Königschachtel verpflichtet ihre Mit-

glieder, bei den kommenden Wahlen nur den Kandidaten solcher Parteien ihre Stimme zu geben, die dafür eintreten, daß die Frage Monarchie oder Republik in einer eigenen Landesabstimmung entschieden werden soll, und die ihren Abgeordneten freistellen, sich öffentlich zum Föderalismus und zur Wiederherstellung der Monarchie zu bekennen. — Die schlesische Zentrumsparlei stellte für Mittelschlesien u. a. auf: Landwirt Stadtrat Janes-Glag, Arbeitsnachweisleiter Abgeordneter Buschmann-Glag und Landgerichtsdirektor Abgeordneter Schulte-Breslau. — Unter den württembergischen Zentrumskandidaten für die Reichstagswahlen befindet sich auch der württembergische Justizminister Holz. — Die Demokraten haben in Hamburg u. a. den Senator Dr. Petersen und in Bremen den Reichsminister Dr. Koch und den Landwirt Wachhorst de Wente aufgestellt. — Dr. Maher, der deutsche Geschäftsträger in Paris, befindet sich unter den von der bayerischen Volkspartei aufgestellten Kandidaten.

Der Soldat und das Wahlrecht. Zur Behebung starker Zweifel, wer zu den Soldaten im Sinne des Reichswahlgesetzes gehört und daher an den Reichstagswahlen nicht teilnehmen kann, teilt das Reichsministerium des Innern folgendes mit: Nach dem Reichswahlgesetz ruht das Wahlrecht der Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht. Zur Wehrmacht gehört nur die vorläufige Reichswehr und die vorläufige Reichsmarine. Zu den Soldaten der Wehrmacht zählen die Mannschaften, die Unteroffiziere, die Bediensteten und die Offiziere einschl. der Sanitäts-, Berterind-, Zeug- und Feuerwerks-Offiziere, dagegen nicht die Militärbeamten. Angehörige der Sicherheitspolizei sind Landesbeamte und keine Soldaten der Wehrmacht, also wahlberechtigt. Angehörige des alten Heeres und der früheren Marine, die sich noch in Lazaretten befinden, zählen nicht zu den Soldaten der Wehrmacht, es sei denn, daß sie zur Reichswehr oder zur Reichsmarine übergetreten sind. Das gleiche trifft bei den erst längst aus dem Auslande zurückgekehrten und noch in Sammelagern untergebrachten Kriegsgelungenen zu. Auch Angehörige der Abwicklungsstellen und des Heimkehrdienstes gehören nicht zur Organisation der neuen Wehrmacht, ebensowenig die Angehörigen des Reichswasserschiffes. Alle diese Personen sind daher wahlberechtigt und in die Wählerlisten aufzunehmen.

Die Konferenz von Spaas — 21. Juni?

Nach einer Reuter-Meldung aus Othye haben Lloyd George und Millerand beschlossen, den alliierten Regierungen vorzuschlagen, die Konferenz von Spaas auf den 21. Juni zu vertagen. Es soll eine Erklärung an die deutsche Regierung gerichtet werden.

Gepante Störung der Reichstagswahlen.

Dem Berliner „Abend“ zufolge ist unter den linksradikalen Parteigruppen eine Bewegung im Gange, um auf jeden Fall die Reichstagswahlen am 6. Juni unmöglich zu machen. Sollte dieser Plan misslingen, so wird für Mitte Juni, im unmittelbaren Anschluß an die Wahlen, ein bewaffneter Aufstand geplant, der dann zweifellos Abwehrmaßnahmen der Regierung und des Bürgerturns auslösen und den Bürgerkrieg bedeuten würde. Es handelt sich, wie das Blatt weiter zu berichten weiß, um eine weitverzweigte Organisation, die sich über die gesamten Industriezentren bis in die Provinzorte erstreckt. Hauptträger sind die syndikalistischen Organisationen im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland und die kommunistische Arbeiterpartei. Der Spartakusbund selbst beteiligt sich an dieser Bewegung nicht, da er ja vielmehr sich zum Parlamentarismus bekann hat und zum ersten Male mit eigenen Kandidaten an der kommenden Reichstagswahl teilnehmen will.

Parteizusammenschluß für die kommenden Wahlen.

Unter der Überschrift „Einigung der nationalen Parteien“ schreibt die „Münchener-Augsburger Abendzeitung“: Wie uns mitgeteilt wird, sind zwischen der bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei in Bayern) und der Deutschen Volkspartei (nationalliberale Partei) Abmachungen getroffen worden, die ein gemeinsames Vorgehen beider

Parteien für die kommenden Wahlen in Bayern gewährleisten.

Der Putz in Sangerhausen.

Der Putz in Sangerhausen schloß sich an eine kommunistenversammlung an, zu der eine große Anzahl auswärtiger Kommunisten erschienen waren. Die Wanditen plünderten ein Waffendepot im Rathaus, in dem die Waffen der Einwohnerwehr nach der Entwaffnung untergebracht waren, und stürmten mit Handgranaten die öffentlichen Gebäude. Die Behörden wurden für abgesetzt erklärt, die Polizeibeamten entwaffnet. Die Kommunisten erbeuteten insgesamt mehr als eine halbe Million Mark in barem Gelde. Aus zahlreichen Geschäften entnahmen sie widerrechtlich große Mengen Schußwaren, Kleiderstoffe, Eisenwaren und Zigarren und brachten alles auf erbeuteten Autos fort. Die Zeitungen durften nur unter Zensur erscheinen. Post, Telegraphen- und Fernsprechanlagen wurden vom Verkehr völlig abgeschnitten. Im Laufe des Sonnabends Vormittags requirierten die Kommunisten eine Anzahl Autos, beluden sie mit den gestohlenen Waren und verschwand in verschiedenen Richtungen. Zwei der Wanditen konnten auf dem Bahnhof abgefaßt und in Haft genommen werden. Bei ihnen wurde eine größere Summe Geldes vorgefunden. Jetzt herrscht in Sangerhausen wieder völlige Ruhe, doch wurde eine Reihe Verhaftungen ansässiger Kommunisten vorgenommen unter dem Verdacht, mit den auswärtigen Kommunisten gemeinsames Spiel gemacht zu haben.

Die Wahlen in der neuen Stadtgemeinde Berlin.

Die erstmaligen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksversammlungen der neuen Stadtgemeinde Berlin finden auf Grund einer Anordnung des Ministers des Innern am Sonntag, den 20. Juni, statt. Zum leitenden Wahlkommissar für die einheitliche Vorbereitung und Durchführung der Wahlen ist der Oberbürgermeister Vermuth vom Minister des Innern ernannt worden.

Deutsche Schiffe zur Behebung der französischen Transportkrise.

Um der Transportkrise auf dem Meere infolge des teilweisen Ausfalls der Seelente zu begegnen ist von der Regierung in der Kammer vorgeschlagen worden, die 549 000 Tonnen deutschen Schiffraums die der Verwaltung Frankreichs anvertraut sind, zu gebrauchen. Es sollen dazu Fachleute und ein Teil der Mannschaften der Kriegsflotte, die sich in den Häfen befindet, verwandt werden.

Gegen die Verbrechen der Schwarzen.

Von der französischen Behörde wird folgende Verfügung erlassen: „Seit einiger Zeit sind in Wiesbaden sehr viele nächtliche Überfälle verübt worden. Die französische Militärbehörde hat sich der Sache angenommen, und dank der getroffenen Maßnahmen sind in der Nacht vom 8. auf 9. Mai eine Reihe dieser Übeltäter verhaftet worden. Die Schuldigen werden vor dem Kriegsgericht erscheinen und schwer bestraft. Die Verurteilung wird der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht werden.“ — Die Bekanntmachung verschärft, daß nämlich die Überfälle durch farbige Soldaten in der Hauptstadt verübt worden sind, die in der nächsten Umgebung der Stadt wie auch in den Außenbezirken harmlose Spaziergänger angehalten und beraubt haben.

Die Streikbewegung in Frankreich.

Habas meldet, daß allein am Himmelfahrtstag in der Pariser Zone über hundert Verhaftungen wegen Behinderung in der Arbeitsfreiheit und wegen anarchistischer Treibereien ausgeführt wurden. Die Polizei verhaftete auch mehrere russische Staatsangehörige, darunter den Anführer der Plündererbande des Pariser Waffendepots auf dem Boulevard Magenta. In Toulouse haben die Streikenden Straßenbahnwagen gestört und umgeworfen und in der Stadt Barrikaden gebaut. Ferner wird eine Verschärfung des Hafens und Bergarbeiterstreiks gemeldet. Bei Tour wurde ein neuer Attentat auf einen Eisenbahnzug verübt. Auf der Brücke von Gramant wurden die Eisenbahnschienen mit Dynamit in die Luft gesprengt. Auf der Orleansbahn ist ein Zug mit zwei Lokomotiven und acht Wagen infolge Sabotage entgleist. Eine Anzahl Personen wurde verletzt. Die ganze Strecke ist aeferrt.

Goldelie.

Roman von E. Marlitt.

59) (Nachdruck verboten.) „Ich konnte sie nicht unter die schwere dunkle Erde legen — hier spielen goldene Dichter um sie her, und draußen auf dem Baume läßt sich der Vogel nieder. Es kanten auch goldene Dichter in das Waldlicht herab, und die Vögel sangen droben auf den Zweigen, als das schlanke Reh das Gebüsch teilte und erschrak, die schenen Augen auf den jungen Jäger richtete, der unter dem Busche ruhte. Da fuhr es jäh und heiß durch sein Herz, er warf das Gewehr weit von sich und folgte rastlos der Mädchen Gestalt, die vor ihm floh. Sie, das Kind des Waldes, eine Tochter jener Horden, die ein Fluch über die Erde treibt, sie hatte das Herz des wilden Jüngers bezwungen.“

„Um ihre Liebe bettelnd, streifte er Tag und Nacht um das Lager ihres Stammes, folgte ihren Schritten wie ein Hund, und umschloß rasend vor Leidenschaft ihre Knie, bis sie gerührt einwilligte, die Jhrigen zu verlassen und ihm heimlich zu folgen. Er trug sie in der Stille der Nacht hinauf auf sein Schloß — wehe — und wurde ihr Mörder!“

„Er achtete nicht ihr Flehen, als sie plötzlich die unbezwingliche Sehnsucht nach der Waldfreiheit erfaßte. Er sah ihre Wangen bleich werden, sah, wie ihr Auge im Haß sich von ihm abwandte; sein Herz erlitt tausendfachen Tod, wenn sie ihn von sich ließ und vor seiner Verführung schauderte; er geriet in Verzweiflung, aber er schob doppelte Kiesel vor und bewachte in Todesangst die festverschlossenen Türen; denn er wußte, sie war für ihn verloren wenn einmal ihr flüchtiger Fuß den Waldboden wieder berührte.“

„Da kam endlich eine Zeit, da wurde sie ruhiger. Unter der Eiche, neben dem Erker, sah sie geduldig mit dem allmählichen Gesichte und sah still vor sich hin; sie wußte, daß sie Mutter werden sollte. Und wenn die Nacht hereinbrach, nahm er sie auf seine Arme und trug sie hinaus; sie litt es, aber sie wandte das Gesicht von ihm, daß sein Atem sie nicht berührte.“

„Da klopfte eines Tages der Pörrer von Lindhof

an das Schloß. Das Volk fabelte, der Jost halte Verkehr mit dem Teufel, und da kam er, um die arme Seele zu retten. Er fand Einlaß und sah das Wesen, um dessen willen der lustige Jäger das lustige Leben im Walde und den Himmel vergessen hatte. Ihre Schönheit und Reinheit rührten ihn; er sprach zu ihr mit milder Stimme, und ihr in Schmerz erstarrtes Herz öffnete sich seinem Zuspruche. Um ihres Kindes willen ließ sie sich taufen und ließ es geschehen, daß jenes unselige Bündnis durch Priesterhand geheiligt wurde.“

Als ihre schwere Stunde vorüber war, da legte sie mühsam ihre Lippen auf die Stirn des Kindes: und mit diesem Kusse entfloß ihre Seele; sie war frei, frei! „Der Knabe wurde getauft auf den Namen seines Vaters — auf meinen Namen... Ich sah schauernd in seine Augen — er hat die meinen — er und ich haben sie gemordet... Mein alter Diener Simon hat den Kleinen fortgetragen; ich kann nicht für ihn leben. Simon sagt — der Pörrer auch — es werde sich kein Weib entschließen, meinem Kinde die Brust zu reichen, weil ich in den Augen des Volkes ein Verlorener, ein der Hölle Verfallener sei... Das Weib meines Fortwärters Herber nährt den Kleinen jetzt, ohne zu wissen, von wem er stammt.“

Der Pörrer hielt inne und sah erstaunt über das Papier hinweg. Der Oberförster, der bis dahin, aufmerksam zuhörend, ihm gegenüber an der Wand gelehnt hatte, stand mittels einer raschen Bewegung plötzlich an seiner Seite und faßte krampfhaft seinen Arm. Sein braunes Gesicht war bleich geworden, als ob eine mächtige innere Erschütterung momentan seine Pulse stoden mache. Auch Herber war mit allen Zeichen höchster Ueberraschung näher gekommen.

„Weiter! Weiter!“ rief endlich der Oberförster mit erschütterter Stimme.

„Simon hat ihn auf die Schwelle des Forsthauses gelegt“, las Reinhard, „er hat heute gesehen, daß ihn die Herberin herzt und pflegt, wie ihr eigenes Mädchen... Nach den Gesetzen meines Hauses hat er keine Ansprüche an das Erbe derer von Gnadevit, aber mein mütterliches Erbteil wird ihn vor dem Mangel schützen. Auf dem Rathause zu S. Regen meine

Verfügungen, die ihn als meinen Sohn und Erben befestigen. Mag er als Hans von Gnadevit ein neues Geschlecht begründen: der Allmächtige möge mildtätige Herzen lenken, daß sie seine Jugend beschützen, ich kann es nicht!...“

Jost von Gnadevit.

Die Brüder reichten sich wortlos die Hände und traten an den Sarg. Da standen die zwei hohen Gestalten, die Abkömmlinge dessen, der, mit dem Weichflusse der sterbenden Mutter auf der Stirn, hinausgetragen wurde in den Wald, auf die niedrige Schwelle des Dieners, während sein hochgeborener Vater verweilend in den Tod ging.

„Sie war unsere Stammutter“, sagte endlich Herber tiefbewegt zu Reinhard. „Wir sind die Nachkommen jenes Findlings, dessen Abkunft ein Rätsel geblieben ist bis zu dieser Stunde; denn die Papiere, die das Kind in seine Rechte einsetzen sollten, sind mit dem Rathause in V. ungelassen verbrannt... Wir müssen die Arbeit der einige Tage unterbrechen“, wandte er sich an den einen der Maurer, der in verzeihlicher Wüßbegierde bis zur Mitte der Leiter herabgeklettert war und von diesem hohen Standpunkte aus in sprachloser Bewunderung die Aufräumarbeit einer Geschichte mit anhörte, die noch in den Lindhofer Spinnstuben eine große Rolle spielte.

„Dafür aber sollt Ihr morgen auf dem Lindhofer Gottesacker ein Grab ausmauern“, rief der Oberförster hinaus; „ich werde gleich nachher mit dem Pörrer Rücksprache nehmen.“

Er trat noch einmal an den Schrank und überblickte die Gewänder. Auf dem Boden des Schrankes standen Schuhe. Der Oberförster nahm ein Paar derselben — sie bedeckten gerade seine breite Hand, es mußten wahre Affenbrödelstüßchen gewesen sein, die darin gesteckt hatten.

„Die will ich der Eise mitnehmen“, sagte er lächelnd und faßte sie behutsam mit Daumen und Zeigefinger. „Die wird sich wundern, daß ihre Urhahne gerade solch ein Nilpferd gewesen ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Bürgerkrieg in Mexiko.

Auf der Berliner mexicanischen Gesandtschaft in
folgende Kabelnachricht eingetroffen: Die Nachrichten
über die Gefangennahme des Präsidenten Carranza sind
falsch. Präsident Carranza ist frei. Er hat sich an
die Spitze der Truppen gestellt und steht augenblicklich
im Kampfe gegen die Aufständischen. — Nach den letzten
Nachrichten sollte Carranza aus der Hauptstadt geflücht-
et und auf der Flucht von seinen eigenen Truppen
gefangen genommen worden sein.

Ein Arbeitgeberverband für das ganze Reich. Nach einer Mitteilung des Bochumer Magistrats sind Verhandlungen gepflogen worden, einen Arbeitgeberverband für die Städte des ganzen Reiches zu bilden. Diese Verhandlungen stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Sämtliche Städte des rheinisch-westfälischen Bezirks sind bereits einem Arbeitgeberverbande beigetreten, der korporativ zum Reichsverband übertritt und seine Stellung und Bedeutung innerhalb des Reichsverbandes behält.

Rundschau im Auslande.

: In Wien ist aus Wiesbaden eine militärische Kontrollkommission der Entente eingetroffen, um die Entwaffnung Deutsch-Oesterreichs zu ordnen.

Das schwedische Parlament hat einen sozialistischen Antrag, das schwedische Volk durch Volksabstimmung über die Einführung der Republik entscheiden zu lassen, mit 119 gegen 47 Stimmen als nicht zeitgemäß abgelehnt.

Die frühere nordpersische Provinz und jetzige selbstständige Republik Aserbeidschan hat Armenien den Krieg erklärt. Aserbeidschan ist von mohammedanischen Stämmen bewohnt, die all eine die eroberten Feinde der christlichen Armenier waren.

Ungarn: Der Hunger in Böhmen.

: In Praß fanden große Kundgebungen der Arbeiter statt, weil die Verstratung auf einen halben Loth pro Kopf und Woche herabgesetzt wurde. In Deutsch-Böhmen, besonders in den Grenzbezirken, gelangt seit drei Wochen kein Brot mehr zur Verteilung, und es kam deshalb in verschiedenen deutsch-böhmischen Städten zu Demonstrationen, die auch Veränderungen zur Folge hatten.

England: Revolution in Ireland.

Telegramme aus allen Theilen Irlands enthalten Berichte über Einschüchterung von Polizeistationen, Ueberrfälle aus Hohn und Steuerämtern und Zerstörung von Dokumenten. Die Ueberrfälle wurden förmlich von bewaffneten und maskirten Männern ausgeführt. Alles spricht für das Vorhandensein eines sorgfältig ausgearbeiteten Gesamtplanes. Einseiner überlegen die Steuerämter in Londonderry und Belfast und verbrannten die Einkommensteuerelemente. In der Grafschaft Limerick wurde ein Generalcommerziengebäude zerstört, ein anderes Gebäude und verschiedene Postämter in Brand gesetzt. Die irische Polizei ist bedeutend vergrößert worden. Auch sind zahlreiche Rekruten aus England nach Irland gebracht worden. Am Unterbause in man allgemein der Meinung, daß die Regierung unersichtlich eine große Zahl Hülfsstruppen nach Irland entsenden wird.

Türkei: Die türkischen Nationalisten gegen den Frieden.

Der Konstantinopeler Korrespondent der „Times“ meldet, daß die Nationalversammlung Mustapha Kemal zum Teil aus gewählten Vertretern, zum Teil aus Abgeordneten des aufgelösten türkischen Parlaments bestehe. In Ankara wurde ein Kabinett von Kommissaren mit Mustapha Kemal als ersten Kommissar gebildet. Die Nationalversammlung beschloß, die Verträge und Abkommen, die die türkische Regierung seit dem Waffenstillstand mit einer auswärtigen Macht abgeschlossen hat, nicht anzuerkennen und jeder nicht durch die Nationalversammlung ermächtigten Person das Recht abzusprechen, das türkische Reich auf der Friedenskonferenz zu vertreten. — In Konstantinopel versuchte ein Bosjak, den türkischen Großwesir zu erschlagen; er wurde verwundet, aber nur einen Wächter. Der Täter wurde verhaftet.

Epitales.

4. Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.
Die Verbände der Technischen Beamten, sämtlicher Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden haben sich in einer Konferenz in Halle zu einer Reichsarbeitsgemeinschaft der Technischen Beamtenverbände zusammengeschlossen.

Aus Stadt und Land.

44 **Frauen demonstration im Neuköllner Rathaus.**
Während der Beratungen der Neuköllner Stadtverordnetenversammlung begaben sich hunderte von Frauen von einer vorher stattgefundenen Versammlung zum Rathaus. Dem Zuge wurden rote Fahnen und Plakate mit Bungengekalten und Inschriften „Nieder mit dem Hunger!“, „Weg mit den Schleibern!“, „Wir brauchen Butter!“ usw. vorangetragen. Nach und nach wurden sämtliche Gänge des Rathauses mit den Demonstrantinnen besetzt, und eine Deputation trug dem Bürgermeister Scholz die Wünsche der Versammelten vor, die hauptsächlich eine Verbilligung der Lebensmittel durch Preisfrenkung verlangten. Es wurde beschlossen, eine Deputation von Frauen mit dem Neuköllner Lebensmittelausschuss in den nächsten Tagen zu dem Reichsernährungsminister zu senden, dem die Frauen ihre Wünsche auf Verringerung der unbilligen Preise aus dem Lebensmittelmarkt vortragen werden. Nach einigen weiteren Reden verließen die Demonstrantinnen nach und nach das Rathaus.

Die Folgen der Ablieferungsverweigerung. Das Breslauer Oberpräsidium teilt mit: Ein Rittergutsbesitzer mußte in eine Ordnungsstrafe von tausend Mark genommen werden, weil er grundlos der mit einem ordnungsmäßigen Ausweis der zuständigen Behörde versehenen Kommission die Auswahl von Schafen aus seiner Herde zum Zwecke der durch den Friedensvertrag geforderten Ablieferung verweigerte. Dagegen hat er noch die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Vergehens gegen die zur Ausführung des Friedensvertrages erlassenen Gesetze zu gewärtigen.

Kommunistenputsch in Sangerhausen. Die mit-
teldeutsche Industriestadt Sangerhausen (Prov. Sach-
sen) ist Freitag nacht von der bewaffneten Arbeiterschaft
besetzt worden. Sonnabend morgen lebten an allen
Ecken der Stadt Plakate mit der Bekanntmachung, daß
die Regierung geflüchtet und in die Hände der Völker-
krieger übergegangen sei. Alle Waffen und alle Munition
sei bis zum Nachmittag auf dem Rathause abzu-
geben. Diebstahl, Plünderung und Brand würden

mit dem Tode bestraft. Die ganze Stadt ist in den Händen der bewaffneten Arbeiter. Der Aktionsausschuß in Sangerhausen, von dem der Putsch vermutlich ausgeht, hat das Rathaus besetzt, von der Post 300.000 Mark und von einer Privatbank 200.000 Mark mit Waffengewalt erpreßt. — Sangerhausen, eine Stadt von etwa 13.000 Einwohnern, gehört zu dem mitteldeutschen Harzgebirge, der bereits im März vergangenen und im März dieses Jahres nach dem Kapp-Putsch zu schweren Besorgnissen Anlaß gab. Die Stadt ist, abgesehen von ihrer Eisen- und Braunkohlenindustrie, wichtig als Mittelpunkt der Kallindustrie.

42 **Freigabe Gratis-Nasier- und Friseurstuben.** In Berlin sind etwa 3500 Friseurgehilfen und Gehilfinnen wegen Lohn Differenzen in den Streik getreten. Damit jedoch das Publikum nicht unter dem Streik zu leiden braucht, sind in verschiedenen Stadttheilen Gratis-Nasierstuben eingerichtet worden. Die Bedienung erfolgt völlig kostenlos. 50 Angestellte haben sich freiwillig zur Verfügung gestellt. Neben diesen Gratis-Nasierstuben sind noch weitere in verschiedenen Fabriken und Straßenbahnhöfen eingerichtet worden. In Eissen, die aufgelegt sind, kann jeder Kunde, wenn er will, Geld für die Streiktaxe stiften. In fast allen Vertrieben arbeiten die Gesells ohne Hilfe. Die Centralstreikleitung hat jetzt ihre Forderungen von 150 Mark auf 180 Mark wöchentlichen Lohn erhöht. Es ist aber anzunehmen, daß der Ausstand in absehbarer Zeit beigelegt werden kann, wenn auf beiden Seiten auf die jegige Nothlage Rücksicht genommen wird. Die Film- und Theaterfriseurgehilfen haben es abgelehnt, sich an dem Streik zu betheiligen.

Polnischer Mordfall auf deutsche Turner. Am Himmelfahrtstage fand in Orzegow (Oberschlesien) die Weihe einer polnischen Hahne statt, an der eine Anzahl polnischer Vereine theilgenommen hatten. Als sich einer dieser Vereine aus Friedenshütte auf dem Heimweg befand, lag er mit einem Turnerein zusammen, welcher deutschelieder sang. Um den Gesang der deutschen Turner zu verhindern, singen die Polen einen Streich an, in dessen Verlauf von den Polen Schlässe auf die deutschen Turner abgegeben wurden. Dabei wurde ein 25 jähriger junger Mann getödtet.

Ein ganzes Dorf niedergebrannt. Eine Feuersbrunst hat das Bauerndorf Ribbernow, Kreis Ramin in Pommern, zum größten Theil in Asche gelegt. 25 Familien sind dadurch obdachlos geworden. Da auch das gesamte Vieh und Inventar ein Raub der Flammen wurde, ist die Noth sehr groß.

Explosionsunglück in Finnland. Infolge einer Dampfsiefflerexplosion wurde das Elektrizitätswerk der Stadt Åbo größtenteils zerstört; ungefähr 20 Personen wurden unter den Trümmern begraben.

22 Störung der Moskauer Funksation. Sonntag, den 9. Mai, entfiand, wie ein Petersburger Funkpruch meldet, bei Schodynka, in unmittelbarer Nähe Moskaus, ein Großfeuer. Sofort ergriffene Maßnahmen verhinderten die Ausdehnung desselben. Nur das Artilleriedepot fiel dem Feuer zum Opfer. Laute Explosionen wurden in ganz Moskau gehört. Es besteht jedoch keine Gefahr für die Stadt. Mehrere Tore wurden festgestellt. Der Schaden außerhalb des Depots ist unbedeutend. In der Umgebung zerbrochen die Fensterscheiben der Häuser. Die in der Nähe des Feuers gelegene Funksation hat fast keinen Schaden erlitten und wird in Kürze vollständig repariert sein. Das Zusammentreffen des Feuers mit der polnischen Offensive läßt den Verdacht auf Schwülste Anschläge aufkommen. Eine Untersuchungskommission wurde eingesetzt.

„Bombenattentat auf eine Buchdruckeri. In Hohrau (Oberösterreich) ist die Buchdruckeri des Sohnes eines Stadtverordneten durch ein Bombenattentat zerstört worden. Der Besitzer hat vorher von polnischer Seite eine Drohung erhalten. Den Tätern ist man auf der Spur.

„**Verschärfung der Lage im Bankgewerbe.** Nach Mitteilungen des Allgemeinen Verbandes greift der Streik der Bankbeamten im Reich weitest um sich. Zur Zeit sollen rund 50 000 Bankbeamte im Streik sein. In Berlin ist in der Lage der Bankbeamtenbewegung noch keine Aenderung eingetreten. Es sind Verhandlungen zwischen dem Allgemeinen Verband deutscher Bankbeamten und dem Deutschen Bankbeamtenverein im Gange, die eine Einigung in dem Vorgehen der beiden Verbände herbeiführen sollen und entscheidend für die Ausgabe einer gemeinsamen Streikparole in Berlin sind.

„Kündigungen auf der Vulkanwerft. Die Vulkanwerft in Hamburg spricht die freilose Entlassung der streitenden Beamtenkassat aus und begründet diesen Entschluß mit dem Kontraktbruch der Angestellten. Gleichzeitig teilt sie mit, daß für den Schutz der Arbeitswilligen Sorge getragen ist.

** Ein Tag auf dem Semmering = 700 Kronen.
Aus Wien wird berichtet: Einer Abordnung der Semmeringer Gemeinden, die eine stärkere Lebensmittelversorgung durch den Staat für den Fremdenverkehr erbaten, antwortete der österreichische Staatssekretär für Ernährungsfragen, der Semmering, einst das beliebteste Ausflugsziel der Wiener, sei jetzt zur Erholungsstätte für Schlemmer und Prasser geworden. Im Kurhaus Semmering kostet die Tagespension pro Person jetzt 700 Kronen, so daß nur noch Schieber und Schleihändler sich solcher Gebirgslust erfreuen könnten. — Im letzten Jahre sind in Oesterreich aus Eisenbahntransporten allein 590 000 Kilogramm Zucker gestohlen worden, an denen der Schleihhandel etwa 60 Millionen Kronen verdient hat.

** Schiffsunglück im Indischen Ozean. Einer Neu-
ermeldung aus Kalkutta zufolge ist der Dampfer „Eu-
rethi“ mit 230 indischen Passagieren an Bord bei Hooghly
versunken. Man fürchtet, daß viele Personen er-
trunken sind.

Die Londoner Hafenarbeiter gegen Waffentrans-
porte. Wie der Telegraph aus London meldet, beschlo-
ßen die Londoner Hafenarbeiter, kein Schiff zu laden,
das Kriegsmaterial nach einem mit der russischen Räte-
regierung verfeindeten Lande fährt. Infolgedessen
mußte ein englisches Schiff, das Kanonen und Munition
für die polnische Revolution hatte, diese Arieas-

Vorräte wieder ausladen, um andere Ladung nehmen zu können.

kleine Nachrichten.

* Bei dem Gedränge, das sich vor dem Eingang des Zirkus Busch in Berlin gelegentlich der Vorträge entwickelte, ist ein sechsjähriger Knabe in die Spree gestoßen worden und ertrunken.

* Ab 1. Juni wird der Straßenbahnverkehr in Genä wegen der hohen Unterbilanz eingestellt.

Gerichtssaal.

Der Prozeß gegen den Rektor Bod. Vor der Strafkammer des Berliner Landgerichts III begann am Freitag ein Beleidigungsprozeß gegen den ehemaligen Rektor Bod., der seinerzeit wegen Sittlichkeitsverbrochen gegen seine Schülerinnen zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Bod verfaßte nach Strafverbüßung eine Flugschrift gegen den Kriminalkommissar Doussaint, der die Ermittlungen parteiisch geführt habe. Darauf wurde gegen Bod die Anklage Beleidigung erhoben. Der Angeklagte erklärte bei seiner Vernehmung, daß Doussaint sich zum Verhängen eines Verbrechens habe machen lassen, mit dem Bod verfeindet war.

Ein vollstrecktes Todesurtheil. Das Todesurtheil gegen den Elenträger Christian Köpp aus Duisburg wurde am 12. Mai abends durch Erschießen vollstreckt. Köpp war vom außerordentlichen Kriegsgericht wegen Aufruhrs und Mordes an einem Leutnant der Reichswehr zum Tode verurtheilt worden.

Volkswirtschaftliches.

25 Betriebsbeschränkungen in den Schuhfabriken. Die Geschäftsunkunft zwingt nach Arbeitseinsparungen in kleineren Betrieben in Ermangelung und Befehlens auch größter Schuhfabriken zu neuen Dienstverfärgungen. In Frankfurt a. M. hat die Schuhfabrik Herz die wöchentliche Arbeitszeit auf 24 Stunden beschränkt. Außerdem kündigte die Direktion für Ende Juni allen Arbeitern. Eine andere große Frankfurter Privatschuhfabrik ist bereits zur sofortigen Kündigung von einigen hundert Arbeitern gefchritten.

in Berlin, 5. Mai. (Börse.) Die verstärkte Gefahr des Bankrotts veranlaßte die Börse heute wieder zu starken Zurückhaltungen, die durch die neuerliche Abschwächung der Auslandsdebitten vermehrt wurde. Nur auf einzelnen Gebieten war die Geschäftstätigkeit wegen Schließens der Börse etwas reger. Die deutschen Anleihen waren weiter auf bebaute.

23. Berlin, 15. Mat. (Barenmarkt) Sauer Jofort
60, Kiegestroß 12-14, Breßtroß 11-13, Kiegestroß
0-13, Widen 100-110, Kiegestroß 105-115, Kie-
gestroß 105-115, Kupinen 63-73, Kiegestroß 286
13 320, kleine Erbsen 180-210, Geradella 60-63 für
50 Kilo ab Verladung. Hölzer 22-25, Kiegestroß 36
13 33, Kiegestroß 24-25, Kiegestroß 29-35 für 50 Kilo
abfret.

Sport und Verkehr.

× **Funkentelegraphischer Preissendienst.** Der im Februar unterbrochene Versuch eines funkentelegraphischen Preissendienstes soll demnächst auf breiter Grundlage fortgesetzt werden. Als Sendestelle ist wieder die Hauptniederstelle Königsrufterhausen vorgesehen. Die zu beordnenden Nachrichten werden drei Berliner Nachrichtenbüros liefern. Empfangsstellen befinden sich zur Zeit in folgenden 24 Orten: Braunschweig, Breslau, Chemnitz, Rottbus, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Essen, Frankfurt am Main, Halle (Saale), Hamburg, Hannover, Konstanz, Königsberg (Preußen), Leipzig, Miegitz, Götting, Magdeburg, Halberstadt, Kassel und Stettin. Empfänger der Nachrichten sind die Agenturen der Nachrichtenbüros und Zeitungen. Die Funkpressenachrichten (jeweils bis 250 Wörter) werden bei der Funkleitung des Haupttelegraphenamts in Berlin aufgegeben werden. Außer den genannten Orten sind Empfangseinrichtungen noch an anderen Orten, auch auf bayerischem und württembergischem Gebiet geplant, so daß die Zahl der Anschlüsse in den Versuch einbezogenen Orte über 126 betragen wird.

Lokales und Provinzielles.

Die Bäcker-Innung Wiesbaden-Land. Die außerordentlich stark besuchte Innungsverammlung am 10. Mai im Hotel „Einhorn“ befaßte sich u. a. mit den unzuträglichkeiten bei Seligenheit der kürzlich seitens des Kommunalverbandes durchgeführten enormen Mehleisverteuerung und der damit verbundenen Brotpreiserhöhung. Es wurde geteilt gemacht, daß der Bäckermeister von heute lediglich Lohnarbeiter des Kommunalverbandes ist. Das Mehl wird ihm vom Kommunalverband gegen Karten und zu einem bestimmten Preise zugewiesen. Der Kommunalverband distinkt sogar ohne Rücksicht auf die Verhältnisse im Bäckergerwerbe und ohne mit dem Bäckergerwerbe Fühlung zu nehmen, einseitig ein Despot des Brotpreises. An dem Kommunalverband Wiesbaden-Land ist bis jetzt das Behen der neuen Reichsverfassung und Volksherrschaft sind ihm unbekannt. Den Artikel 164 der Reichsverfassung, der besagt, daß Landwirtschaft und Gewerbe zu fördern seien in Gesetzgebung und Verwaltung und gegen Überlastung und Aufsaugung zu schützen seien, kennt er anscheinend nicht. Die ständig steigenden Geschäftskosten im Bäckergerwerbe für Heizung, Rohlen, Holz, Breitsen, für Licht und Kraft, Reparaturen, Materialbeschaffung für Beleuchtung, Reinigung, Transport usw. kümmern den Kommunalverband nicht. Diese Mehrauslagen muß der Bäcker aus seiner Tasche leisten. Der Kommunalverband nimmt eine Steigerung des Brotpreises bei steigenden Geschäftskosten nicht vor. Nicht genug damit, hat eine große Anzahl von Bäckermeistern bei der letzten Breiterhöhung, durch den Zwang, das auf die blauen Karten abgegebene Brot, soweit es schon Samstags von der Kundschaft angefordert wurde, zu dem billigen Brotpreise verkaufen müssen, während dem Bäcker für die blauen Karten der erhöhte Mehlpreis abgefordert wurde. Wenn den Bäckermeistern nun der Vorwurf gemacht wird, daß sie den Vorrat an billigerem Mehl auch zu

dem alten Preis hätten abgeben müssen, dann mögen sich die amtlichen Stellen beruhigen, da das billigere Mehl fast durchweg aufgebraucht war und das vorhandene Mehl fast lediglich aus Selbstverforgermehl bestand. Das Bäckerhandwerk begrüßt jede behördliche Maßnahme den Bäckern und Schiebern das Handwerk zu legen, muß sich aber die ebenso alberne wie brutale Maßnahme, wie sie am 8. Mai in einigen Bezirken des Landkreises Wiesbaden seitens der Polizeiorgane und der Lebensmittelkommission vor den Bäckern ausgeführt wurde, ganz energisch verbitten. — Die Versammlung beschloß, die dem Bäckerhandwerk angetane Schmach durch einen Protest an den Kreisausschuß für Wiesbaden-Land zurückzuweisen.

w. Das Ende der Knappheit von Fleisch, Butter, Milch, Eier ist zwar noch nicht gekommen, aber doch wenigstens in eine einigermaßen sichtbare Nähe gerückt. Das zeigt das Ergebnis der Viehzählung vom 1. März 1920. Fast überall zeigt sich ein recht erfreulicher Zuwachs gegenüber dem Bestand am 1. März 1919. Zählungen aller Art haben überhaupt nur dann einen Wert, wenn man sie mit früheren Zählungen vergleicht. In der nachstehenden Uebersicht sind die Ergebnisse der Zählung vom 1. März 1920 angegeben und die der Zählung vom 1. März 1919 in Klammern beigefügt. In den Bezirken, in denen gegen 1919 ein Rückgang zu verzeichnen ist, ist diese Erscheinung fast ausschließlich darauf zurückzuführen, daß 1920 in den Abtretungs- und Abzugsgebieten die Zählungen nur unvollkommen oder fast gar nicht vorgenommen werden konnten. Besonders erfreulich ist der bedeutende Zuwachs an Schweinen und Federvieh. Dagegen zeigt der Pferdebestand in den meisten Bezirken einen Rückgang oder nur eine geringe Vermehrung. Das dürfte wohl hauptsächlich auf die notgedrungenen Ablieferungen an den Feindesbund zurückzuführen sein. Es wurden gezählt: Regierungsbezirk Wiesbaden: Pferde: 28432 (29143) Rindvieh: 194721 (196031) Schafe: 69057 (65345) Schweine: 830474 (235608) Ziegen: 84595 (87328) Federvieh: 641600 (539362) Landkreis Wiesbaden: Pferde: 2682 (2772) Rindvieh: 7252 (7296) Schafe: 1308 (1537) Schweine: 6841 (4504) Ziegen: 6427 (6470) Federvieh: 38561 (31176) Stadt Wiesbaden: Pferde: 850 (829) Rindvieh: 254 (318) Schafe: 151 (116) Schweine: 323 (238) Ziegen: 1827 (1184) Federvieh: 7091 (4708)

* Der Brennstoff ist ungeheuer in die Höhe gegangen, sodaß viele Familien sich scheuen werden einen Preis von 25.80 Mk. für den Zentner, wie die heutige Anzeige der Gemeindevverwaltung bekannt gibt, zu zahlen und doch kann nur dringend geraten werden, sich für den Winter einzudecken. Die Nachrichten über die fernere Kohlenbelieferung lauten sehr ungünstig.

* Die Räumung der Stadt Frankfurt begann gestern 4 Uhr morgens und war kurz nach 9 Uhr beendet.

* Zuchtvieh, Kühe und Zuchtstiere hat der Kommunalverband für den Landkreis angekauft. Es handelt sich um ostfriesische Schwarzschafen. Der Preis einer Kuh stellt sich auf 6000 bis 8000 Mk., die Zuchtstiere auf 7000 bis 10000 Mk. das Stück.

H. Reis zum billigen Preise von Mark 3.20 pro Pfund erhalten die Kranken und Kinder bis zu 6 Jahren bei Ww. Stadtmüller, Wilhelmstraße und wird daher auf genaue Beachtung der Lebensmittel-Bekanntmachung hingewiesen.

* Demokratische Partei. Im „Adler“ sprach gestern Abend Herr Landrat Nau aus Hessen. Ein Zufall begünstigte es, daß die Landwirte vollzählig vertreten waren da sie gerade eine Besprechung wegen der Milchverhältnisse hatten. Da wir verhindert waren der Versammlung beizuwohnen, werden wir in nächster Nummer darauf zurückkommen.

Bereinskalender.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Morgen Abend 8 Uhr Vortrag im Gasth. zum Taunus. **Arbeiter-Modell-Verein „Vorwärts“ Bierstadt.** Heute Abend 7 1/2 Uhr Fahrstunde daran anschließend Versammlung im Lokal zur „Rote“. **Gesang-Verein Frisch-Auf.** Morgen Abend 8 Uhr Gesangsprobe.

Wetterbericht.

19.—20. Nachts Tau, früh dünnlich, darauf meist heiter und sonnig, Wind leicht, Niederschläge selten.

Bekanntmachungen.

Lebensmittel-Verteilung.

a) Verteilungsware:

200 Gramm Margarine u.	zum Preise von zusammen
100 „ Schweinefleisch	7,60 Mk. auf Folie 24 der Zettkarte.
80 Gramm Sesam-Öl zum Preise von 2,55 Mk. auf Folie 25 der Zettkarte.	
125 Gramm Bohnen und 250 „ Weizenmehl	zum Preise von zusammen 2,35 Bfg. auf Folie 15 der Lebensmittelkarte.
625 Gramm Zucker zum Preise von 200 Pfennig auf die Mai-Zuckerkarte.	

Außerdem ist in den Geschäften noch Marmelade und Apfelmarmelade erhältlich.

An die Kranken gelangt in dieser Woche anstatt Butter wieder Schmalz und je 125 Gramm Reis zur Verteilung; desgl. erhalten die Kinder bis zu 6 Jahren je 125 Gramm

Reis. Das Schmalz kostet pro Pfund 16 Mk. und der Reis 3,20 Mk. Die Ausgabe dieser Waren findet bei Stadtmüller statt und sind Alt-ist bzw. Geburtscheine vorzulegen.

Bezüglich der Fleischausgabe ergeht noch besondere Bekanntmachung durch Anschlag.

b) Verteilungszeit:

Die Verteilung der Waren erfolgt in sämtlichen Kundengeschäften am Donnerstag und Freitag dieser Woche in der Reihenfolge wie bisher.

Das Öl wird an denselben Tagen in den Geschäften von Gg. Bach Wwe., Hintergasse und Karl Jobus, Blumenstraße ausgegeben.

Die eventl. Fleischverteilung findet am Samstag in nachstehender Reihenfolge statt: Für die

Inh. der Brotkarten Nr.	1	400 v. 8—9 Uhr
„ „ „ „	401 „ Nr. 800	9—10 „
„ „ „ „	801 bis Nr. 1200	10—11 „
„ „ „ „	1201 „ 1500	11—12 „
„ „ „ „	1501 „ höchste Nr.	12—1 „

c) Mitteilungen:

Die Versorgung der Zugänge erfolgt für diese Verteilung im Geschäft Nr. 3 (Zug. R. Presber, Wiesbadenerstr.) jedoch nur für solche Kartenfolgen der Lebensmittelkarten in denen ausdrücklich „Zugang“ vermerkt ist und die gleiche Anzahl Zettkarten. Die übrigen Karten gelten nur in den Geschäften, deren Nummer die Karte in der linken oberen Ecke trägt.

* Die Kranken-Nährmittel werden bis auf Weiteres von jetzt ab im Geschäft Nr. 16 (Zug. B. Stadtmüller Wwe. Wilhelmstraße) am Freitag und Samstag jeder Woche verteilt. — Der angegebene Zeitpunkt der Verteilung ist genau einzuhalten. Verkäufern, welche Kunden außerhalb der Reihenfolge bedienen, wird der Verkauf auf mindestens 4 Wochen entzogen. Versorgungsberechtigte können vom Bezug der Waren ausgeschlossen werden. Läden, Einwickelpapier oder Teller sind mitzubringen, besonders auch Wechselgeld. In den Fleischläden sind alle Brotarten vorzulegen. — Selbstverfoger von Fleisch (Hauschlachtungen), Geflügel (Mahlartenbesitzer) und Fett (Landwirte, Milchhändler und Ziegenhalter) sind vom Bezug von Fleisch, Lebensmitteln und Fett ausgeschlossen und haben so weit dies nicht geschehen ist, die entsprechenden Karten sofort zurückzugeben. Unberechtigte Benutzung wird strafrechtlich verfolgt.

Brennstoffverteilung.

Die Kunden des Consum-Vereins für Wiesbaden und Umgegend erhalten morgen Mittwoch auf Folie 14 der Haushaltungsbrennstoffarten je 1 Zentner Eisform Bricketts, sowie die Gewerbetreibenden auf Folie 4 die ihnen zustehenden Mengen. Der Preis ist 25,80 Mk. per Zentner. Da die Belieferung an Kohle in Zukunft noch schlechter wird, wird die Abholung dringend empfohlen.

Am Freitag den 21. ds. Mts. werden im Rathaus hierelbst die Zuckerkarten für Monat Mai ausgegeben; gleich findet die Brotkartenausgabe statt.

Der Zucker für Monat Mai kann vor Freitag dieser Woche nicht in den Geschäften abgeholt werden, da die Zuckerkarten infolge verspäteten Lieferens vor genannten Tage nicht ausgegeben werden können.

Der im April bestellte Süßstoff ist eingetroffen derselbe kann am Mittwoch und Donnerstag von 8 bis 1 Uhr im Rathaus Zimmer 6 abgeholt werden.

Die am 12. Mai er. statigehabte Vergebung des Anfahrens von 199 Am. Holz und 4 Stück Sämmen aus Walddistrikten Wellborn und Haffel hat die Genehmigung des Gemeinderats hierelbst erhalten, wovon die Steigerer hiermit in Kenntnis gesetzt werden.

Die am 5. Mai er. abgehaltene Grasversteigerung hat die Genehmigung erhalten, wovon die Steigerer in Kenntnis gesetzt werden.

Das im Distrikt Wellborn 11 lagernde Holz muß umgehend abgefahren werden.

Die Jagdpachtgeldverteilungsliste liegt vom 15. Mai 1920 ab 8 Tage lang zur Einsicht der Beteiligten zwecks Prüfung der Richtigkeit.

Das Hengeld für das am 11. August 1919 an die französische Besatzungsbehörde gelieferte Heu kann während den Rassenstunden von 9 bis 1 Uhr in hiesiger Gemeindekasse abgeholt werden. Bierstadt, den 17. Mai 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Auf diesem Wege herzlichen Dank allen Denen, die anlässlich unserer Hochzeit unser so freundlich gedachten

Ludwig Heinrich Bierbrauer und Frau, geb. Janson.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer, Kriegshinterbliebenen Ortsgruppe Bierstadt.

Am Mittwoch, den 19. d. Mts., abends 8 Uhr im Restaurant zum „Taunus“ (Gosmann Wwe.) findet ein öffentlicher Vortrag des Gauvertraters Eichinger statt.

Zu diesem Vortrag laden wir die Einwohner Bierstadts freundlichst ein.

Um pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.

Der Vorstand.

Gesang-Verein „Frisch-Auf“ Bierstadt.

Mitglied d. Arbeiter-Sängerbundes.

Mittwoch, den 19. d. Mts., abends 8 Uhr Gesangsprobe. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.



Männer-Gesang-Verein Bierstadt (Gegründet 1883)

Die nächste Probe findet am Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr in der neuen Schule an der Adlerstraße statt und werden die Herren Sänger um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ergeb. gebeten.

Der Vorstand.



Gesang-Verein Frohsinn, Bierstadt.

Unsere Gesangsproben finden in Zukunft jeden Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr statt. Da mit dem Einüben neuer Chöre begonnen wird, ist es Pflicht jeden Sängers die Proben pünktlich und regelmäßig zu besuchen.

Der Vorstand.

Das eigene Interesse eines jeden Mieters erheischt Mitglied des Mieterschutz-Vereins Bierstadt zu sein.

Klappwagen

mit Verdeck zu kaufen gef. Näh. Bierstadt Privatstr. 1.

Ein neuer, grauer

Anzug

(Mittelgröße) zu verkaufen. Bierstadt, Wiesbadstr. 14. bei Bierbrauer.

Ein Kinderwagen

zu verkaufen. Näheres bei Adamus, Bierstadt, Adlerstraße 4 II.

Weiche Kinderbettstelle

m. Matr., Hängelampe für Bettstich, Was u. Bettrol. z. verlauf. Bierstadt, Erbtheimerstr. 15

Mandoline

zu verkaufen. Bierstadt, Moritzstr. 3, II. L.

Schlafzimmer,

ausg. gest. nebst Matratzen und Spiegel billig zu verkaufen. Möbelweber, Wiesbaden, Schulgasse 8 Tel. 5256.

Kleines Haus

mit Garten zu kaufen gesucht. Chr. Jäger, Wiesbaden, Gneissanstraße 27, II.

Bettücher, Bezüge

Tüll und andere Bettdecken Handtücher Handarbeiten u. s. w. verl. billige Graubner Wiesbaden Adlerstraße 3.

Cigarren

reine Uebersee von 80, — 90 1.— 1,20 1,50 bis 5, — Cigarillos von 40 Pfg. an

Umsonst

Ist ein Versuch nicht sie bleiben bestimmt dauernd Kunde Tabak 100 Gramm von 5. Mk. an

Cigarren Gerwing

Wiesbaden en gros en detail nur 12 Nikolaistr. 12 Fernsprecher 5228 Nie wiederkehrende Gelegenheit, besonders für Wiederverkäufer.

Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küche, Vertikow, Elzim, Divan, Sofa, Schreib- und Auszug-Tische, Stühle gut erhalten billig zu verkaufen.

Möbelschreinerei Karl Graubner, Wiesbaden, Adlerstr. 3, a. Kaiser-Friedr.-Bad.

Achtung!

Kaufe stets Druckstempel, Schreibstempel, Altpapier, Flaschen, Metalle, Rorten, Quecksilber u. dergl.

Wiegand Diehl, Wiesbaden, Hochstättenstraße 6/8 Telephon 1651.

Grösste Auswahl in fugenlosen Trauringen

moderne Kugelform, in 8, 14, 18, und 22 Karat.

Juwelier Singer Wiesbaden, Langgasse 4 Telephon 4656